

Das Briefgeheimnis wird so gut wie aufgehoben, da sich die Hohe Kommission das Recht beilegt, sich Briefe und Postsendungen jeder Art auszuhandeln zu lassen, sobald sie das aus irgendwelchen Gründen für nötig hält. Zeitungen, Bücher, Druckfachen, Noten, Bilder und Filme können nach ihrem Ermessen verboten oder beschlagnahmt werden. Das Versammlungsrecht wird gleichfalls gänzlich von der Hohen Kommission abhängig gemacht, da dies selbst unpolitische Versammlungen von ihrer Genehmigung abhängig macht. Auf diese Weise wird das Rheinland den ganz subjektiven Verwaltungsmassnahmen der Hohen Kommission unterstellt, ohne daß ihm eine Appellationsmöglichkeit gewährt würde. Das erinnert an die Zustände, die im zaristischen Rußland herrschten.

Und dieser Zustand soll 15 Jahre dauern?

Die Entente wird selbst einsehen, daß sie Milderungen eintreten lassen muß; nicht nur aus allgemeinen rechtlichen Gründen, sondern aus der ganz realpolitischen Erkenntnis heraus, daß man auf diese Weise nicht dauernde Verhältnisse schafft. Zum Schluß der Unterredung fand der Reichsanwalt freundliche Worte für die Gefangenensorgfältigkeit, die während des Krieges durch die Schweiz entfaltet worden ist.

Teilweiser Profeststreik in Berlin.

Nur geringe Ausdehnung.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag beschlossen eine Anzahl von Kommunisten und unter unabhängigen Einfluß stehender Gewerkschaften einen 24stündigen Profeststreik gegen die Verfügungen der Regierung und gegen das Militär zu veranstalten. Die Parole wurde durch Plakate und Flugblätter trotz des Verbots verbreitet, dann aber auch in den Betrieben von Mund zu Mund. Bis zum Nachmittag hatte die Streiksanfrage nur mäßige Erfolge aufzuweisen. Eine Anzahl von Fabriken wurde zwar stillgelegt, da in ihnen die Arbeiterschaft in ihrer Mehrzahl nur unabhängigen Fahne schwört. So waren die Schwarzkopffabrik, die Habelwerke in Oberschöneweide, die Oberschöneweider Maschinenfabrik, die Neuen Automobilwerke u. a. zum Stillstand gezwungen. Die nur einen geringen Teil des Fahrverkehrs umfassende sogenannte „städtische Straßenbahn“ mußte ebenfalls die Fahrten einstellen. Alle lebenswichtigen Betriebe arbeiteten aber, so die Allgemeine Straßenbahn, die Hochbahn, die Elektrizitäts- und die Gaswerke. Vielerorts kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen radikalen und mehrheitssozialistischen Arbeitern, die sich durchweg weigerten, an den Streik teilzunehmen, der hier und da auch mit einer Gedächtnisfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Verbindung gebracht wurde. Im allgemeinen war denn auch bis auf einzelne Ausnahmen alles in voller Arbeit.

Abflauen des Eisenbahnerstreiks.

Der Eisenbahnerstreik im rheinisch-westfälischen Industriebezirk kann als beendet gelten. Bis auf die Strecke Düsseldorf-Duisburg ist auf allen wichtigen Strecken der Personenverkehr wieder aufgenommen und der Güterverkehr in Gang gebracht worden. Von Dortmund, Düsseldorf und Elberfeld aus dürften im Augenblicke schon ein normaler Zugverkehr einsehen. Von Köln aus ist auch im besetzten Gebiet der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen. Die Verhandlungen, die die Eisenbahndirektion Ratowitz mit den streikenden oberschlesischen Eisenbahnern geführt hat, haben mit einer Verständigung geendet. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden.

Im Breslauer Bezirk ist allerdings der Zustand Tatsache geworden, jedoch schweben Verhandlungen, die eine baldige Beilegung erhoffen lassen. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Engelsdorf sind in den Zustand getreten. Auch die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten Zwickau streiken. In den Verhandlungen über den Eisenbahnlohn Tarif für die westlichen Direktionsbezirke sind für die Handwerker über 24 Jahre in allen größeren Direktionsbezirken, wie für Groß-Berlin, Lohnsätze von 3,60 Mark bis 3,30 Mark vereinbart worden. Nur für die ganz billigen ländlichen Direktionsbezirke ist der Satz auf 2,70 Mark für die Stunde festgelegt worden.

Eine Mahnung an die Eisenbahnbeamten

erläßt der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten. In dem Erlaß heißt es:

Die letzten Ereignisse lassen keinen Zweifel mehr, daß die Eisenbahnerbewegung nur ein Teil einer umfassenden politischen Bewegung zum Sturz der Regierung ist, die von langer Hand von den Kommunisten und Syndikalisten vorbereitet ist. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist zur Durchführung der Verlegung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Nahrung unbedingte Notwendigkeit. Ich erwarte, daß die Beamten in Erkenntnis dessen sich gegenseitig bei der Ausübung der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Arbeiten, insbesondere der Nebenarbeiten des Lokomotivdienstes, unterstützen. Es darf nicht geduldet werden, daß ungezügelte Elemente das Verkehrsweesen zerücken und dadurch namenloses Elend über die breitesten Volksmassen bringen.

Ebenso bitten der „Volksbund“, die „Reichsvereinigung“ und der „Bund deutscher Frauen“ die drei Eisenbahnerverbände im Interesse der Heimbeförderung unserer Gefangenen in beweglichen Worten zur ungehinderten Arbeit und Aufrechterhaltung des Verkehrs.

Ausfälle im Ausland.

Mailand, 15. Januar. Das Personal der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung in ganz Italien ist in den Allgemeinzustand erklärt worden. Die Ausständigen verlangen u. a. die Erhöhung aller jetzigen Befehdungen um 1000 Lire.

Wien, 15. Januar. Im Ostrauer Revier wurde auf 22 Schwächen der Generalstreik verkündet, dem sich die Arbeiter der Wollwäher Werke und mehrerer anderer Industrien angeschlossen. Bisher sind 50 000 Mann ausständig. Der Betrieb des Wiener Gaswerks ist bedroht.

Pollische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Kreiswahlen in Sachsen. Im südlichen Teil der Provinz Sachsen haben die Delegiertenwahlen zu den Kreisparlamenten stattgefunden. Es liegen Ergebnisse aus 16 Wahlkreisen vor: Die Bürgerlichen erhielten 285 Sitze, davon Deutschnationalen 113, Deutsche Volkspartei 98, Deutsche Demokraten 74. Ferner wurden 244 Sozialisten gewählt, davon 203 Unabhängige und 41 Mehrheitssozialdemokraten. Dazu kommen 18 Parteilose. Man sieht daraus, daß die beiden extremsten Parteien am meisten gewonnen haben.

+ Warnung des Reichspostministers. Der Reichspostminister erklärte in einer Unterredung mit Postbeamten, bis jetzt sei ein Fehlbetrag von 750 Millionen Mark, für das nächste Jahr ein solcher von 1250 Millionen Mark in dem Haushalt der Postverwaltung festzustellen. Eine weitere Gebührenerhöhung sei unmöglich. Der Minister warnte vor Beamtenstreiks, weil die Beamten durch solche ihre Grundrechte aufs Spiel setzten. Eine der nächsten Streikfolgen wäre überdies der Sturz der gegenwärtigen Regierung. Unter der dann folgenden radikalen Regierung würden die Beamten vollkommen erlebzt sein.

+ Zum neuen Erzbischof von Köln wurde der Bischof von Baderborn Dr. Karl Josef Schulte gewählt. Der neue Kirchenfürst wurde 1871 zu Haus Walbert im Kreis Meschede als Sohn eines Gutspächters geboren. 1895 wurde er Priester und im Jahre 1909 zum Bischof von Baderborn gewählt.

Frankreich.

+ Clemenceaus Präsidentschaftskandidatur. Clemenceau hat nunmehr die Kandidatur für die Präsidentschaft endgültig angenommen. In Übereinstimmung mit Poincaré wird er Millerand zum Ministerpräsidenten ernennen. Bis zum 18. Februar bleibt Poincaré im Elise, während Clemenceau die Geschäfte als Präsident der Konferenz vorläufig weiter versteht. Millerand wird in seinem Kabinett das Ministerium des Äußeren übernehmen. Auch Loucheur wird darin einen äußerst wichtigen Posten erhalten. Nach dem, was auf dem Elise verlautet, wird Poincarés im Ministerium Millerand die Stelle des bisherigen Finanzministers Klotz einnehmen.

Holland.

+ Das Asyl von Amerongen. Wie verlautet, hat die holländische Regierung die Vertretung der Entente in Paris in freundschaftlicher Art und inoffiziell benachrichtigt, daß ihr eine Anfrage über ihren Standpunkt in der Kaiserfrage unangenehm wäre. Holland sehe in dem früheren Kaiser und seinem Sohn politische Flüchtlinge, denen es Asylrecht gewähren müsse. Dieser inoffizielle Schritt soll unternommen worden sein, um zu verhindern, daß Holland bei einer offiziellen Anfrage mit einer direkten Weigerung antworten müsse.

Aus In- und Ausland.

Paris. In einer seiner letzten Sitzungen beschloß der Oberste Rat, die staatliche Unabhängigkeit Armeniens, Georgiens und Aserbeidshans anzuerkennen.

Paris. Der schweizerische Gesandte in Paris überreichte dem Sekretariat der Friedenskonferenz die Antwort der Schweiz an den Obersten Rat über den Anschluß der Schweiz an den Völkerbund.

Paris. Der französische Senat wählte im dritten Wahlgang Leon Bourgeois mit 147 Stimmen zum Präsidenten. Stockholm. Der Gesandte v. Lucius ist von hier abberufen worden, um anderweitig im diplomatischen Außenamt verwendet zu werden. Zum Geschäftsträger in Gesandter Adolph ernannt, der eine Zeitlang als Berater des Reichspräsidenten wirkte.

Weß- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Markt.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G.), 100 Kronen (Kr.) bzw. 100 Frank (Fr.).

Börsenplätze	15. 1.		14. 1.		13. 1.	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam G.	2068½	2071½	2028½	2031½	1988½	1941½
Kopenhagen Kr.	984¾	985¾	984¾	985¾	934¾	935¾
Stockholm Kr.	—	—	—	—	1094¾	1095¾
Christiania Kr.	—	—	1029¾	1030¾	—	—
Bern Fr.	989¾	990¾	959¾	960¾	914¾	915¾

Im Frieden kosteten im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bzw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Frank rund 80 Mark, von kleinen Kurschwankungen natürlich abgesehen.

Deutsche Nationalversammlung.

(187. Sitzung.)

OB. Berlin, 15. Januar.

Das Ungewitter ist wieder einmal vorüber. Die ruhige Sachlichkeit und der Friede ordnungsmäßigen Verhandelt ist wieder in den Sitzungssaal eingetret. Das Reichstagsgebäude ist nicht mehr abgeperrt; nur starke Abteilungen bewaffnet, die man innerhalb des Gebäudes und in seiner Umgebung gewahrt, gemahnen an die Schreden des 13. Nachdem gestern die allgemeine Verprechung über den grundlegenden § 1 des Betriebsrätegesetzes zu Ende geführt worden war, beschäftigte man sich heute mit der

Einzelberatung des Betriebsrätegesetzes.

Ein Antrag der Rechten, die Vorlage dem Reichswirtschaftsrat zu überweisen, wurde gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien abgelehnt. Ferner wurde ein Antrag der Unabhängigen abgelehnt, der den § 1 so gefaßt wissen wollte, daß in allen Betrieben, die mindestens zehn Arbeiter beschäftigen, zur Überführung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische Ordnung, Betriebsräte zu errichten seien. Die ersten Paragraphen des Gesetzes wurden alsdann ohne längere Auseinandersetzungen unter Ablehnung von Abänderungsanträgen angenommen. Bei § 6, der die Arbeiter- und Angeestelltenräte behandelt, kam es zu einer Erörterung über

Kopf- und Handarbeiter.

Von unabhängiger Seite wurde die Streichung dieses Paragraphen beantragt mit der Begründung, daß der Unterschied zwischen Kopf- und Handarbeitern eine faule Ausrede sei. Die Kopfarbeiter arbeiten nicht ohne Hand und die Handarbeiter nicht ohne Kopf, ganz abgesehen von den Berufsständen wie Mechaniker und Dreher, für die bei ihren hochwertigen Leistungen geistige und körperliche Regsamkeit Voraussetzung sei. Im weiteren Verlauf dieser Auseinandersetzungen bemerkte der Abg. Giebel (Soz.): Die Unabhängigen selbst sind schuld an der Verschlechterung des Gesetzes. Ihre jetzigen Forderungen sind einfach ein Agitationsmandat. Darauf erwiderte der Abg. Bönen (Unabh. Soz.): Sie haben ja nur einen Kompromiß angestrebt. Sie sind uns kompromittiert. Haben Sie Ihre Macht gegen Ihre Kumpane in der Regierungsmehrheit besser aus. Der Kampf gegen das Betriebsrätegesetz kann nur mit den Männern von vorgestern geführt werden. (Stürmische Proteste.) „Da haben wir ihn“, riefen. Esfall bei den Unabhängigen.) § 6 wurde alsdann ebenfalls unter Ablehnung der Anträge der Unabhängigen angenommen, ebenso § 7. Sodann tritt eine Pause ein und die Beratung wird in einer Abend Sitzung fortgeführt.

Kauft die Schandauer Chronik als Geschenk!

Sächsische Volkshammer.

Dresden, 15. Januar. Antrag des Abg. Schmidt-Freiberg auf Abbau der Zwangswirtschaft steht zuerst auf der Tagesordnung. Namens des Gesetzgebungsausschusses beantragt der Berichterstatter der Minderheit Abg. Nammelsberg (Dn.) baldigen Abbau der Zwangswirtschaft in der Volkswirtschaft, Aufhebung der Kriegsgesellschaft usw. Abg. Denhardt (Unabh.) beantragt demgegenüber als Berichterstatter der Mehrheit Steigerung der Produktion aller wichtigen Lebensmittel und Erfassung der Erzeugnisse an der Produktionsquelle: Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes, Ausschaltung des Zwischenhandels usw. Abg. Sellisch (Soz.) bezieht darauf die sozialdemokratischen Interpellationen über den Stand der Kartoffelförderung, Abgabe eines Schweineviertels bei Hausfleischungen und den Antrag auf Schaffung eines parlamentarischen Beirates zur Mitwirkung bei Fragen der Lebensmittelverorgung. Vizepräsident Lipinski begründet den Mehrheitsantrag Lipinski: Wir wollen an Stelle der privatkapitalistischen Wirtschaft die Vergesellschaftung des ländlichen Großgrundbesitzes setzen und die genossenschaftliche Zusammenfassung der kleinen Landwirtschaft. Wirtschaftsminister Schwarz: Die Preisfrage spielt überall die Hauptrolle. Wächst die Streikgefahr, dann sind wir in drei Tagen erledigt. Sicher ist, daß wir überhaupt nicht mit den Lebensmitteln reichen. Die schwierigsten Tage stehen uns im Juni, Juli und August bevor. Ohne ausländische Lebensmittel kommen wir nicht aus. Das Wichtigste ist, daß wir die vorhandenen Lebensmittel restlos erfassen und gerecht verteilen. Das Gefährliche an den heutigen Streiks ist, daß man wirtschaftliche Forderungen mit politischen Plänen verknüpft. Mit der Einberufung eines parlamentarischen Beirates sind wir einverstanden. Ministerialdirektor Dr. v. Hibel: Die Fleischverorgung ist für die nächsten Monate sichergestellt. Außerdem legen die amerikanischen Fleischsendungen demnächst ein. Mit der Brotverorgung kommen wir bis zum Frühjahr aus. In der Fettverorgung stehen wir günstiger als im Vorjahr da. Nachdem noch ein Vertreter der Demokraten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gesprochen haben, wird die Sitzung abgebrochen.

Nah und Fern.

Das Hochwasser in Westdeutschland. In den Rheinniederungen werden wiederum große Gebiete durch Überschwemmungen schwer bedroht. In Baden, Württemberg und Bayern haben orkanartige Stürme und wolkenbruchartige Regengüsse furchtbare Schäden angerichtet. Die Telephon- und Telegraphenleitungen sind fast überall gelöst. Im Schwarzwald tobte ein Föhnsturm, dem Tausende von Bäumen zum Opfer fielen. Der Rhein und seine Nebenflüsse sind weiter im Steigen begriffen. In Duisburg sind die Hafenanlagen, in Köln die Uferstraßen, in Frankfurt am Main die tiefer gelegenen Stadtteile der Altstadt völlig überschwemmt.

Ein deutscher Dampfer gesunken. Aus Frederiksstad in Norwegen wird gemeldet, daß ein deutsches Schiff während des letzten Sturms in den Schären bei Anferö gesunken ist. Die deutsche Flagge, deutsche Bücher, Rettungsgürtel und Rettungsboote wurden an Land getrieben. Das Schicksal der Mannschaft ist unbekannt. Leichen wurden bisher nicht gefunden.

Gepflünderte Kartoffelfeldungen. Die Streikbewegung im Rheinlande hat der Kartoffelförderung der Stadt Frankfurt a. M. einen erheblichen Verlust zugefügt. 45 Waggon holländischer Kartoffeln, die für Frankfurt bestimmt waren, sind im Streikgebiet angehalten und geplündert worden.

Selbstmord des Korvettenkapitäns Morath. Der Korvettenkapitän Morath nahm, als er im Kreise seiner Angehörigen im Hamburger Reisweinletzt saß, Gift zu sich, brach bewußtlos aufammen und wurde ins Krankenhaus gebracht. Dort ist er gestorben. Das Motiv zu der Tat ist nicht bekannt. Kapitänleutnant Morath hat sich während des Krieges als U-Boot-Kommandant mehrfach durch Verlenkung feindlicher Schiffe hervorgetan. Besonders hatte er an den zahlreichen Erfolgen Anteil, wo er u. a. das französische Großkampfschiff „Danton“ versenkte.

Einbruch in ein Erbegräbnis. Einbrecher erbrachen das Mausoleum des Rittergutsbesitzers Freiherrn v. Carnap in Jahnshöhe im Kreise Landsberg a. W. Sie warfen die Leichen aus den Särgen und raubten Kleidung sowie Schmuck.

Von Banditen getötet und beraubt. Zwischen Fannygrube und Glaubenshütte wurde, wie aus Laurahütte gemeldet wird, der Rechnungsführer Zwan von der Theresienhütte, der Lohngeber in einem Wagen mit sich führte, von vier Banditen, die den Pferden in die Bügel fielen, durch mehrere Schüsse getötet. Der Kutscher wurde schwer verletzt. Im ganzen sind gegen 50 000 Mark geraubt.

Deutsche Zeitungen in Paris. In den Pariser Zeitungskassen liegen jetzt zum erstenmal seit dem Kriege wieder deutsche und deutsch-schweizerische Zeitungen aus.

Die Wohltäterin des Niesengebirges. Eine originelle Hochstaplerin ist in Berlin aufgepäppelt, aber bisher noch nicht verhaftet worden. In den Kurorten des Niesengebirges trat eine Frau Anna Berthold geb. v. Bunt-Stepinski, Rittergutsbesitzerin usw. auf, die sich durch ihr gutes Herz für die Armen Vertrauen zu verschaffen wußte. Sie regte beständige Sammlungen an, „half“ aber auch Einzelpersonen. So ließ sie einem Hoteldirektor „kontrafälsch“ 200 000 Mark, damit er sich selbständig machen könne, h'ieb ihm dafür aber die Beche schuldig, und borgte von ihm noch bare Summen, so daß er um 8000 Mark geschädigt ist. Dann verlobte sie sich auf Grund einer Todesanzeige ihres Mannes mit einem Eisenbahnbeamten, der für sie 9000 Mark ausgab. Die Schwindlerin ist festgestellt als ein oft vorbestraftes Straßennädchen Anna Berthold aus Bija in Bofen.

Dammrutsch. Wie aus Wätegiersdorf berichtet wird, ereignete sich vor dem Königswalder Tunnel auf der Strecke Dittersbach-Glas ein Dammrutsch. Zwei Häuser wurden zerstört. Die Fahrgäste mußten den Tunnel zu Fuß umgehen.

Bankrott? In Österreich konnte wegen der Leere der Staatskassen am 1. Januar ein großer Teil der Beamten- und Offiziersgehälter nicht ausbezahlt werden. Die Südbahn konnte an ihre Angestellten nur eine Gehaltsanzahlung leisten.

Studentenstreik. Wo alles streikt, können die Studenten allein nicht arbeiten. So ist denn in Halle a. S. die gesamte Studentenschaft in den Streik getreten, weil ohne vorherige Ankündigung eine Erhöhung der Kollegelöhner um 65 % vorgenommen wurde. Um die Bewegung in ruhigen Bahnen zu erhalten, hat sich der allgemeine Studentenausschuß an die Spitze des Streiks gestellt.

Von Straßenräubern erschossen. Der praktische Arzt Dr. med. Franz aus Genthin wurde auf der Rückfahrt von einem Patientenbesuch auf der Landstraße von Wegebergelagern überfallen, vom Rade gerissen und nach heftiger Gegenwehr erschossen. Nachts fand man die Leiche im Walde, und an einer andern Stelle das Fahrrad. Einige Verhaftungen sind bereits erfolgt, doch ist die Täterschaft noch nicht aufgeklärt.